



HESSISCHER LANDTAG

21. 07. 2015

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend K+S AG als selbstständiges Unternehmen mit Sitz in Hessen erhalten - Arbeitsplätze sichern und Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S AG, das unaufgeforderte Übernahmeangebot der Potash Corporation of Saskatchewan Inc. abzulehnen. Der Landtag schließt sich der Auffassung von K+S an, dass eine solche Übernahme nicht im Interesse des Unternehmens ist. Er sieht darin eine gute Entscheidung für den Standort Hessen und die vielen Tausend Arbeitsplätze in der Region, die mit der Kaliindustrie verbunden sind. Der Landtag stellt zudem fest, dass K+S finanziell gesund und auf dem Weltmarkt absolut konkurrenzfähig ist. Der Landtag bekräftigt das Ziel, diese Arbeitsplätze und die Wertschöpfung im Kalirevier zu erhalten. Der Landtag bezweifelt insbesondere, dass ein dauerhaftes Interesse an einer Fortführung aller deutschen Standorte besteht, wenn das Übernahmeangebot mit strategischen Vorteilen am Weltkalimarkt begründet wird. Mit der Übernahme würde die Marktkonzentration weiter zunehmen und der Wettbewerb entscheidend geschwächt. Zudem wäre die notwendige Kooperation mit einem Unternehmen, das eine besondere, langfristige Verantwortung für die Umwelt im Kalirevier trägt, infrage gestellt. Es ist aus Sicht des Landtages somit von zentraler Bedeutung, dass K+S ein selbstständiges Unternehmen mit Sitz in Hessen bleibt.
2. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang jedes Engagement für den Erhalt des Kali- und Salz-Standortes Nord- und Osthessen. Er unterstreicht die wirtschaftliche Bedeutung dieses Reviers, welches vielen Tausend Menschen hoch qualifizierte Arbeitsplätze bietet und wesentlich zur Wertschöpfung in der Region beiträgt. Er verweist diesbezüglich auf die Studie zu den sozioökonomischen Effekten des Werkes Werra vom Oktober 2013.
3. Der Landtag ist sich auch der ökologischen Belastungen durch die Kali-Industrie bewusst. Ziel muss daher die langfristige Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze im Einklang und im Ausgleich mit den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes sein. Der Landtag vertritt die Auffassung, dass die Bedeutung für einen möglichst umweltverträglichen Kali- und Salzabbau, auch im Hinblick auf die sogenannten Ewigkeitslasten, einem vor Ort ansässigen Unternehmen bewusster ist als einem kanadischen Konzern.
4. Der Landtag bestärkt die Landesregierung in ihrem Ziel, für die Selbstständigkeit des Unternehmens einzutreten und dem Unternehmen die dazu nötige Unterstützung zu gewähren. Er bittet die Landesregierung ebenfalls, auf Ebene der Bundesregierung und im Kontakt mit den anderen Standortländern des Unternehmens für dieses Ziel einzutreten. Er regt an, insbesondere auch die kartellrechtlichen Fragen mit der gebotenen Gründlichkeit zu prüfen. Aus Sicht des Landtags ist es mit Blick auf die beschäftigungspolitischen und ökologischen Fragen wichtig, auch in Zukunft mit einem regional verankerten Unternehmen zu verhandeln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. Juli 2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Wagner (Taunus)